

TOP 4

Situation der Roma-Flüchtlinge in Freiburg

hier:

Sachstandsbericht

Vortrag: BM von Kirchbach (Drucksache G-06/061). (Anlage)

Wortmeldungen: StR McCabe
StR Bock
StR Krögner
StRin Vogel

StRin Federer kommt zur Sitzung.

StR Lienhart
OB Dr. Salomon
StR Dr. Schüle

Ergebnis

1. Der Gemeinderat verabschiedet die als Anlage 1 beigefügte Resolution zur Situation der Roma-Flüchtlinge in Freiburg.

(bei 2 Enthaltungen angenommen)

2. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Situation der Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo gemäß Drucksache G-06/061 zur Kenntnis.

Resolution

zur Sitzung des Gemeinderats am 11. April 2006, TOP 4 „Situation der Roma-Flüchtlinge in Freiburg“

Freiburg ist eine offene Stadt. Offenheit und Liberalität sind ein hohes Gut, das sich täglich neu erweisen muss. Ein tolerantes Gemeinwesen hat auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für all jene zu übernehmen, die hilflos sind und Schutz vor Verfolgung suchen.

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg stellt sich schützend vor die verfolgten Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter, die in unserer Stadt Zuflucht gefunden haben und nun von Abschiebung bedroht sind.

Die Situation der Minderheiten - insbesondere der Roma - im Kosovo ist nach wie vor Besorgnis erregend. Ethnisch motivierte Gewalttaten, Vertreibung, Diskriminierung und Unterdrückung sind an der Tagesordnung. UNHCR und UNMIK warnen vor einer unregelmäßigen Rückkehr von Flüchtlingen, weil sie die ungelösten Inlandsprobleme in allen Bereichen verstärken und das Zusammenleben schwer belasten würde. Durch die Gefahr tätlicher Übergriffe ist für Minderheitenangehörige weder der Schulbesuch noch der Zugang zu einer Arbeitsstelle oder medizinischer Versorgung möglich. Für traumatisierte Flüchtlinge gibt es keine therapeutische Hilfe.

In Freiburg leben derzeit 512 Flüchtlinge aus dem Kosovo, die einer Minderheit angehören. Davon sind 267 Kinder und Jugendliche. 54 von ihnen sind in Freiburg geboren. Die im Kosovo geborenen Minderjährigen verbinden mit ihrem Herkunftsland die Erfahrung von Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung. Sie haben keine Perspektive dort und wollen in Freiburg bleiben. Ihre schulische Integration ist gelungen; einige von ihnen befinden sich in der Ausbildung. Sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache, ein für die Herkunftssituation überdurchschnittlicher Schulerfolg und eine geringe soziale Auffälligkeit zeichnen die Gruppe dieser Kinder und Jugendlichen aus. In Artikel 11, Abs.1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg steht: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung“.

Wir, die Mitglieder des Freiburger Gemeinderates, setzen uns für ein dauerhaftes Bleiberecht der seit vielen Jahren in unserer Stadt lebenden Minderheiten aus dem Kosovo ein.

Wir fordern, dass Baden-Württemberg sich in der Innenministerkonferenz für eine bundeseinheitliche humanitäre Bleiberechtsregelung zugunsten langjährig geduldeter Flüchtlinge einsetzt. Gleichzeitig fordern wir stärkere Integrationsbemühungen von allen Seiten.